

FDP-Experte erklärt, was Verweigerern droht, wenn die Impfpflicht kommt - Video

FOCUS Online

2-3 Minuten

Der designierte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) geht davon aus, dass die Verletzung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht, sollte der Bundestag sie beschließen, mit einem Bußgeld bewehrt würde.

Dem RedaktionsNetzwerk Deutschland sagte der FDP-Politiker: „Käme es zu einer allgemeinen Impfpflicht, gibt es einen breiten Konsens unter Verfassungsrechtlern, dass es nicht zulässig wäre, Menschen zur Impfung zu zwingen. Vermutlich würde man die Verletzung der Impfpflicht wie eine Ordnungswidrigkeit behandeln und ein Bußgeld daran knüpfen.“

Buschmann hatte zuvor dafür plädiert, das Thema im Bundestag im Rahmen von fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen zu beraten und anschließend darüber abzustimmen. „Im Februar oder März sollten wir uns im Parlament Sicherheit darüber verschaffen, ob es zu einer solchen Impfpflicht kommt oder nicht.“

Buschmann (FDP): „Impfpflicht zum Schutz vulnerabler Gruppen könnte sehr schnell kommen“

Daran, dass die Impfpflicht vorher umgesetzt werden könnte, glaubt Buschmann nicht. „Das ist ein riesiges Unterfangen, das man nicht unterschätzen sollte.“

Die Debatte solle helfen, „für ein Thema, das hoch emotional und hoch komplex ist, eine gute Lösung zu finden, die auch befriedend wirkt.“

Zur Begründung sagte der FDP-Politiker: „Ich glaube, dass sich immer mehr Menschen die Frage stellen, wie wir sicherstellen

können, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt nie wieder solche Zustände erleben müssen wie in diesem Herbst und Winter. Mich macht es schon sehr nachdenklich, warum wir in dem Land, das zuerst einen exzellenten Impfstoff entwickelt hat, noch nicht über 70 Prozent gekommen sind.“

Die Einführung einer spezifischen Impfpflicht in medizinischen Berufen soll Buschmann zufolge auf jeden Fall kommen. „Sie soll bereits im Dezember in die erste Lesung gehen. Diese Impfpflicht zum Schutz vulnerabler Gruppen könnte sehr schnell kommen.“